

ters Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden kann. Die Positionen der Mehrheit der SI-Mitgliedsparteien in Grundfragen der internationalen Beziehungen, die das Überleben der Menschheit betreffen, unterscheiden sich deutlich vom abenteuerlichen, friedensgefährdenden Kurs der aggressivsten imperialistischen Kräfte, insbesondere der USA, militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen. Jüngste Beschlüsse von Gremien der SI (Abrüstungskonferenz der SI in Wien, Okt. 1985; 17. Kongreß in Lima; Ratstagungen in Bonn, Okt. 1986, und Rom, Apr. 1987) lassen folgende außenpolitische Positionen der SI erkennen: für Einstellung und vollständiges Verbot der Kernwaffenversuche; Ablehnung der Militarisierung des Weltraums, Verurteilung von SDI; für die Einhaltung der Verträge über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT I und SALT II) und für Einhaltung des ABM-Vertrages; für 50prozentige Reduzierung der strategischen Kernwaffen; für Liquidierung aller atomaren Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite in Europa; für die Schaffung kern- und chemiewaffenfreier Zonen. Führende Politiker der SI und ihrer Parteien engagieren sich im Rahmen internationaler Gremien, wie der »Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen« (Palme-Kommission) oder der (zeitweiligen) Nord-Süd-Kommission (Brandt-Kommission) zugunsten der Friedenssicherung, der politischen Regelung regionaler Konflikte und der demokratischen Lösung globaler Probleme. Die veränderte Haltung der SI und ihrer Parteien zu weltpolitischen Schlüsselproblemen ist durch objektive Prozesse bedingt. Die konsequente und flexible Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, die in ihrer

Politik zugleich auch Vorschläge sozialdemokratischer Parteien berücksichtigen, blieb dabei nicht ohne Auswirkungen. Im Ergebnis des von den sozialistischen Staaten in den 70er Jahren initiierten Entspannungsprozesses wurden auch viele künstliche Hindernisse aus der Zeit des kalten Krieges für Kontakte zwischen politischen Kräften, die in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen wirken, beseitigt. Bei Fortbestehen antikommunistischer Vorurteile zeigten sich viele Mitgliedsparteien der SI stärker am Dialog mit den regierenden kommunistischen Parteien in den sozialistischen Staaten zu Fragen des Friedens und der internationalen Sicherheit interessiert. Das beweist u. a. die Karl-Marx-Konferenz von 1983 in Berlin, an der 18 sozialistische und sozialdemokratische Parteien teilnahmen. Es war die bisher breiteste Begegnung zwischen Vertretern beider Hauptströme der Arbeiterbewegung. Bedeutsam ist auch, daß mit der Entsendung einer Delegation zum XXVII. Parteitag der KPdSU die SI erstmals an einem Parteitag einer regierenden kommunistischen Partei teilnahm. Traditionell eng sind die Verbindungen der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien zu den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Werktätigen kapitalistischer Länder. Die Hoffnungen der werktätigen Massen auf Frieden und Arbeit, der Kampf gegen Hunger und gegen Gefährdung der Umwelt spiegeln sich in den außenpolitischen Positionen wider. Nachhaltigen Einfluß auf die Positionen der SI und ihrer Parteien übt die —» *Friedensbewegung* aus, die zu Beginn der 80er Jahre einen Aufschwung genommen hat und in der auch sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien wirken. Diese Parteien handeln in der Erkenntnis, daß eine militärische Auseinandersetzung zwischen So-